

Demokratischer Experimentalismus – ein Weg durch die Unübersichtlichkeit? Überlegungen zu einer pragmatistischen Theorie digitaler Öffentlichkeiten

1. Was ist demokratischer Experimentalismus?

Die Bezeichnung „demokratischer Experimentalismus“ wird in erster Linie mit dem amerikanischen Philosophen und Pädagogen John Dewey (1859–1952) in Verbindung gebracht. Dewey gehört zu den Begründern der philosophischen Tradition des „Pragmatismus“ und war bereits zu Lebzeiten international vor allem für seine reformpädagogischen Schriften bekannt. Ich beziehe mich im Folgenden primär auf Deweys *politische* Philosophie, die von ihm selbst nicht nur als „experimentelle Demokratie“ bezeichnet wird, sondern auch als „kreative Demokratie“.

Deweys „demokratischer Experimentalismus“ zielt darauf ab, die Idee der Demokratie nicht auf die Staatsform und auf die bestehenden Institutionen zu reduzieren, sondern den historisch gewachsenen, offenen Prozess zu erkennen, der allen modernen Staaten zugrunde liegt. Moderne Gesellschaften müssen auf ständig wechselnde Probleme und Herausforderungen reagieren. Deshalb sind Demokratien niemals abgeschlossene Gebilde, sondern unterliegen einem kontinuierlichen Prozess der Veränderung und Erneuerung.

Deweys Ansatz des „demokratischen Experimentalismus“ richtet sich auf die kleinteiligen politischen und gesellschaftlichen Veränderungsprozesse. Den Ausgangspunkt dieser Prozesse bilden dabei fast immer konkrete politische Konflikte oder Probleme, die in der Gesellschaft auftreten und eine Umgestaltung oder Erweiterung bestehender Institutionen notwendig machen.

Den Begriff der *Unübersichtlichkeit* im Titel meines Vortrags hätte ich auch mit „Komplexität“ ersetzen können. Schon seit der Industrialisierung können wir von einer zunehmenden Komplexität moderner Gesellschaften sprechen. Der jüngere Prozess der *Digitalisierung* ist für die Komplexitätszunahme nur *ein* Faktor von vielen. Aber gerade der digitale Wandel, dessen Auswirkungen wir alltäglich erleben, macht uns bewusst, in was für einem umfassenden Veränderungsprozess wir uns gegenwärtig befinden.

Die *Komplexität* und *Unübersichtlichkeit* der globalen wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge ist nicht nur für die einzelne Bürgerin oder politische Aktivistin ein Problem, sondern genauso für Wissenschaftler, Ökonomen und Politiker. Das führt letztlich dazu, dass jede politische und wirtschaftliche Entscheidung eine Reihe von unkontrollierbaren und nicht-intendierten Folgen nach sich zieht.

Die Komplexität der Welt zwingt uns dazu, einfache kausale Denkmodelle aufzugeben. Dafür wird es zunehmend wichtiger, auch die Faktoren der Kontingenz, der Unsicherheit, des Pluralismus und die Offenheit von Entwicklungsprozessen in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. Außerdem gewinnt der *Kontext* konkreter Entwicklungen eine zunehmende Bedeutung.

Der Ansatz des philosophischen Pragmatismus antwortet auf genau diese unübersichtliche Ausgangssituation. Er ist ursprünglich gegen Ende des 19. Jahrhunderts aus der Einsicht entstanden, dass es keine unbezweifelbaren Gewissheiten oder Wahrheiten gibt. Weder Religion oder Philosophie, noch die Naturwissenschaften können solche Erkenntnisse liefern.

Im Pragmatismus steht deshalb nicht die Theorie an erster Stelle, sondern die soziale Praxis und vor allem die individuelle, alltägliche Erfahrung. Ausdrücklich betont wird dabei die *Pluralität* von Bedeutungen und Perspektiven sowie die Dimension der *Zeitlichkeit*, also die historische Einbettung und der prozessuale Charakter des Lebendigen.

Pragmatismus bezeichnet keine philosophische Lehre im engeren Sinn mit bestimmten Dogmen und positiven Aussagen. Entsprechend vielfältig und verschieden sind auch die jeweiligen philosophischen Ansätze, die dem Pragmatismus zugeordnet werden. Im Übrigen standen alle Pragmatisten dem Begriff „Pragmatismus“ selbst sehr skeptisch gegenüber, weil er zum einen danach klingt, als stünde eine geschlossene Ideologie dahinter, zum anderen, weil der Begriff in der Rezeption und Verbreitung zu zahlreichen Missverständnissen geführt hat.

Was die Pragmatisten eint, ist vor allem die Ablehnung der Existenz von überzeitlichen, ahistorischen Wahrheiten. Der Pragmatismus setzt dagegen auf eine kritische, undogmatische Haltung und auf eine theoretische Reflexion, die nicht unabhängig und abstrakt, sondern *in* der alltäglichen Praxis verwurzelt ist und sich mit konkreten Problemen beschäftigt, die sich *aus* der Praxis heraus ergeben. Kritisiert wird damit vor allem die Vorstellung, dass Theorie und Praxis getrennt voneinander existieren könnten. Und die klassische Auffassung, dass sich die Philosophie mit zeitlosen Ideen und Erkenntnissen beschäftigt.

Gerade weil es im Pragmatismus primär um die Reflexion von *alltäglichen* Erfahrungen und Problemen geht, wird der Prozess der Erforschung dieser Zusammenhänge als kooperativer Prozess zwischen Wissenschaftlern und Nicht-Wissenschaftlern verstanden. Wissenschaftliche Forschung und theoretische Reflexion werden dabei *nicht* kategorisch von der alltäglichen, lebensweltlichen Erfahrung getrennt.

John Dewey hat das Verhältnis von Experten und Laien mit dem Bild des Schuhmachers veranschaulicht: „Der Mann, der die Schuhe trägt, weiß am besten, daß

und wo sie drücken, auch wenn der fachkundige Schuhmacher am besten beurteilen kann, wie den Beschwerden abzuhelpen ist.“¹

Deweys Ansatz richtet sich damit *gegen* die Vorstellung, dass es Experten gibt, die allein aufgrund ihres theoretischen Wissens, unabhängig vom Erfahrungswissen der Betroffenen, gesellschaftliche Probleme erkennen und lösen können. Statt dessen benötigen komplexe demokratische Gesellschaften Dewey zufolge eine engagierte, emanzipatorische Sozialwissenschaft, die die Betroffenen in die Problemlösungsprozesse einbezieht. Der gesamte politiktheoretische Ansatz von Dewey ist als entschiedener Gegenentwurf zu einer Alternative entstanden, die eher in die Richtung einer Expertokratie oder Technokratie geht.²

Die Frage lautet nun, welche Konsequenzen aus diesem pragmatistischen Ansatz des demokratischen Experimentalismus für die Theorie digitaler Öffentlichkeiten folgen.

2. Eine pragmatistische Theorie digitaler Öffentlichkeiten

Einer der zentralen Kritikpunkte von Dewey lautet, dass sich viele Demokratietheorien an veralteten Begriffen und Denkmodellen orientieren. Der moderne Begriff der politischen Öffentlichkeit und der öffentlichen Meinung ist unter den politischen und wirtschaftlichen Bedingungen des 17. und 18. Jahrhundert entstanden und war Dewey zufolge schon für die Bedingung komplexer industrialisierter Gesellschaften im 20. Jahrhunderts nicht mehr geeignet. Vergleichbare Schwierigkeiten haben wir heute, wenn wir versuchen, die etablierten Öffentlichkeitstheorien auf die veränderten Bedingungen digitaler Öffentlichkeiten anzuwenden.

Eines von vielen Problemen, das im Zusammenhang mit dem digitalen Wandel häufig zur Sprache kommt, ist die Warnung vor einer Fragmentierung der Öffentlichkeit. Für Jürgen Habermas etwa trägt der Wegfall publizistischer Filterfunktionen im Internet zu einer zunehmenden Fragmentierung der Öffentlichkeit bei, was als Problem für die gesellschaftliche Integration wahrgenommen wird. Mit diesem Verständnis von Öffentlichkeit sind zahlreiche Idealisierungen verbunden, z. B. die Annahme eines mehr oder weniger homogenen Publikums, das zur gleichen Zeit über die gleichen Probleme diskutiert.

Mit Deweys pragmatistischem Ansatz lässt sich vielmehr dafür argumentieren, dass uns die gegenwärtige Situation zu einem *realistischeren* Bild der Öffentlichkeit

1 Dewey, John (1996 [1927]): *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, hg. von Hans-Peter Krüger, Bodenheim: Philo, S. 172.

2 Dewey hat sich besonders mit dem technokratischen Ansatz von Walter Lippmann (*Public Opinion*, 1922; *The Phantom Public*, 1925) auseinandergesetzt.

zurückführt. Dewey zufolge ist die Öffentlichkeit nämlich schon seit der Industrialisierung in zahlreiche Sachfragen und Einzelprobleme verzweigt. Diese können gar nicht angemessen in einer homogenen, massenmedial konstruierten „öffentlichen Meinung“ aufgehen, die als Grundlage und Rechtfertigung für politische Entscheidungen herangezogen wird. Die *Fragmentierung* der öffentlichen Kommunikation stellt im pragmatistischen Ansatz insofern kein *Problem*, sondern den *Normalfall* dar.

Im Unterschied zu den meisten etablierten Ansätzen versteht Dewey unter dem Begriff der Öffentlichkeiten keine abstrakte Sphäre, sondern die konkreten politischen Veränderungsprozesse, die *durch* gesellschaftliche Probleme und Konflikte hervorgerufen werden. Da es unzählige Probleme gibt, die auf lokaler, nationaler und transnationaler Ebene auftreten, gibt es folglich auch unzählige Öffentlichkeiten, die sich vielfach überschneiden und miteinander zusammenhängen. Jede einzelne Person ist von einer ganzen Reihe von gesellschaftlichen Problemen betroffen und damit potentiell in eine Vielzahl von Öffentlichkeiten involviert.

Daran wird deutlich, dass es hier *nicht* um so genannte „Teilöffentlichkeiten“ geht, die in der Regel als voneinander getrennte Bereiche einer Gesamtöffentlichkeiten verstanden werden und sich gerade *nicht* überschneiden. Mit diesem Verständnis von Teilöffentlichkeiten hat Deweys pluralistische Öffentlichkeitskonzeption wenig zu tun.

Öffentlichkeiten in Deweys Sinn sind weder an Nationalstaaten, noch an kulturelle Identitäten oder Themen geknüpft. Die Differenzierung der verschiedenen Öffentlichkeiten erfolgt bei Dewey auch nicht anhand von Kommunikationsebenen oder Organisationsformen, wie beispielsweise im Arenenmodell von Jürgen Gerhards und Friedhelm Neidhardt. Der zentrale Unterschied zu den zahlreichen an Habermas anknüpfenden deliberativen Öffentlichkeitsmodellen besteht vor allem darin, dass im pragmatistischen Ansatz nicht die Kommunikation oder der rationale Diskurs im Vordergrund steht, sondern die von konkreten politischen Problemen ausgehenden gesellschaftlichen Veränderungsprozesse.

Dewey hatte die für seine Zeit vielleicht etwas utopische, aber nicht völlig abwegige Vision, dass die Kommunikation in einer demokratischen Gesellschaft so lebendig beschaffen sein könnte, dass sich spontane Öffentlichkeiten bilden können, die flexibel und dynamisch auf auftretende gesellschaftliche Probleme reagieren und die nötigen Problemlösungsprozesse initiieren, in die die jeweils Betroffenen einbezogen werden. Deweys Hoffnungen gründeten damals noch in den technologischen Entwicklungen der Eisenbahn und des Telefons, die zu einer deutlichen Intensivierung der Kommunikationsmöglichkeiten beigetragen haben.

Die zentralisierte Struktur der elektronischen Massenmedien Rundfunk und Fernsehen, die sich im 20. Jahrhundert – nach Deweys Ansatz – entwickelt haben, hat die dezentrale kommunikative Vernetzung der Betroffenen vorübergehend geschwächt. Erst die digitalen Kommunikationsbedingungen ermöglichen heute alternative, dezentrale und flexiblere Kommunikationsprozesse. Damit hängt die Wahrnehmung und der Austausch über gesellschaftliche Angelegenheiten nicht mehr nur von den bereits institutionalisierten und zentralisierten Formen öffentlicher Kommunikation ab.

Die dezentrale Vernetzung der Betroffenen ist in Deweys Ansatz eine notwendige Voraussetzung für die Entwicklung eines gemeinsamen Problembewusstseins und die Herausbildung von Öffentlichkeiten. Die demokratische Beteiligung der Betroffenen an den jeweiligen Problemlösungsprozessen spielt in Deweys Ansatz insofern eine besondere Rolle, als er davon ausgeht, dass die gesellschaftlichen Probleme nicht allein von Experten erkannt und gelöst werden können.

Um in Deweys Sinn die für eine intelligente und kooperative Problemlösung nötigen öffentlichen Untersuchungsprozesse in Gang zu setzen, die auch das Erfahrungswissen der Betroffenen einbeziehen, bedarf es dagegen einer intensiven Zusammenarbeit von Wissenschaft, Journalismus, Politik und Zivilgesellschaft.

Das größte und dringendste Problem der Öffentlichkeit sah Dewey im Übrigen schon zu seiner Zeit, in den 20er Jahren letzten Jahrhunderts, keineswegs in einem *Mangel* an öffentlicher Kommunikation, sondern in der Schwierigkeit der intellektuellen Verarbeitung einer unübersichtlichen *Vielzahl* von Öffentlichkeiten und ihrer Zusammenhänge. Erst recht ist es heute unmöglich, sich einen *Überblick* über alle bestehenden Probleme und Veränderungsprozesse zu verschaffen. Gerade deshalb schlägt der pragmatistische Ansatz vor, sich *konkreten* Problemen und Kontexten zu widmen und eine öffentliche Forschung – *open science* – zu betreiben.

Ich denke, dass gerade hierin die Stärke von digitalen Werkzeugen, Algorithmen und Big Data liegt: *nicht* im scheinbaren *Überblick*, den die Wissenschaftlerinnen und Akteure dadurch gewinnen kann, sondern im differenzierten Verständnis *konkreter* Situationen und Kontexte. Erst der *differenzierte* Blick auf die realen, komplexen Prozesse und Zusammenhänge ermöglicht die von Dewey entworfenen, kooperativen Problemlösungsprozesse, die zu einer wirklich demokratischen Veränderung führen.

Der Vortrag wurde auf der Konferenz „[Politisches Handeln in digitalen Öffentlichkeiten](#)“

am 28. November 2014 in Göttingen gehalten. Auch als Podcast veröffentlicht unter: <http://bit.ly/1B3Pniw>

Andreas Antić promoviert seit September 2013 in Philosophie an der Universität Potsdam über die Öffentlichkeitstheorie von John Dewey. Er ist Promotionsstipendiat der Heinrich-Böll-Stiftung.